



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Rechnungsprüfungsausschusses am 03.09.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:47 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Carsten Heym	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Birgit Marks	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Daniel Petzold	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertretung für Herrn Dr. Erdsack
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Mario Lochmann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, anwesend ab 17:06 Uhr
Maria Gringer	Fraktion Volt/MitBürger
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle
Heinz-Jürgen Beermann	Sachkundiger Einwohner
Renate Krimmling	Sachkundige Einwohnerin
John Liebau	Sachkundiger Einwohner
Steve Mämecke	Sachkundiger Einwohner
Ralf Meier	Sachkundiger Einwohner
Yvonne Winkler	Sachkundige Einwohnerin, anwesend ab 17:04 Uhr

Verwaltung

Egbert Geier	Bürgermeister, Beigeordneter für Finanzen und Personal
René Simeonow	Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Sybille Brünler-Süßner	Leiterin Abteilung Allgemeine Rechnungsprüfung
Thomas Stimpel	Referent GB I
Martin Heinz	Leiter Fachbereich Immobilien
Lisa Leluk	Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Torsten Radtke	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Jörg Erdsack	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Yvonne Krause	Fraktion der Freien Demokraten (FDP) / FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)
Falko Kadzimirsz	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Dieter Wilts	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Heym**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsmäßige Einladung und Beschlussfähigkeit des Rechnungsprüfungsausschusses fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Heym erklärte, dass nichts auf die Tagesordnung zu setzen oder von dieser zu nehmen ist und auch keinerlei Änderungen vorliegen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Heym** um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.06.2025
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Bericht über die unterjährigen Prüfungen 2024 in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01520
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.06.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller 1 zum Bericht über die unterjährigen Prüfungen 2024

Fragesteller 1 wandte sich direkt an Herrn Simeonow und bezog sich auf einen Bericht über die unterjährigen Prüfungen im Jahr 2024. Fragesteller 1 hatte sich den Abschnitt F über Korruptionsprävention herausgegriffen und nach dem dort erwähnten Ehrenkodex und einem jährlichen Bericht des Ehrenrats gefragt. Ebenso wollte Fragesteller 1 wissen, ob diese Berichte existieren, öffentlich einsehbar sind und wo man sie einsehen kann.

Anschließend ist er zum Abschnitt VII über Sponsoring gesprungen und hat sich auf Zahlen aus dem Jahresabschluss 2024 bezogen. Er fragte, ob dieser Bericht existiert und wo man ihn einsehen kann.

Als letzten Punkt hat er sich auf Randziffer 401 bis 403 zum Informationszugangsgesetz bezogen und nach der jährlichen Auswertung durch den Datenschutzbeauftragten gefragt. Fragesteller 1 wollte auch hier wissen, ob diese Berichte existieren und wo man sie einsehen kann.

Herr Bürgermeister Geier wies zunächst darauf hin, dass das Rechnungsprüfungsamt im Rahmen seiner Prüfungstätigkeit unabhängig und weisungsfrei agiert. Er erklärte, dass es zwar organisatorisch Teil der Verwaltung ist, aber keine klassische Verwaltungsfunktion, sondern eine Revisionsfunktion in die Verwaltung hinein besitzt.

Herr Simeonow erklärte zu den Randziffern 401 bis 403, dass der Bericht in enger Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten erstellt wird und sich momentan noch in Arbeit befindet. Er merkte an, dass es sich um ein internes Dokument handelt und daher nicht öffentlich gemacht werden kann.

Bezüglich des Sponsorings bestätigte er, dass es bislang nur einen vorläufigen Jahresabschlussbericht für 2024 gibt, er jedoch keine Abweichungen zum endgültigen Prüfbericht erwartet. Es ist geplant, den Prüfbericht dem Ausschuss in der November-Sitzung vorzulegen.

Abschließend kam er auf die Frage nach einem Bericht des Ehrenrates für das Jahr 2024 zurück. Er verwies darauf, dass er keine Auskünfte über die Zeit vor 2024 geben kann. Er hatte bereits bei Herrn Riedel einen Bericht angefragt und beabsichtigt, dies auch bei dem neuen Stadtratsvorsitzenden, Herrn Haak, zu tun. Eine frühere Anfrage bei Frau Müller ergab, dass es 2024 keine Sitzungen und somit auch keinen Bericht gab.

Fragesteller 1 merkte an, dass der geplante Veröffentlichungszeitpunkt des Jahresabschlusses 2024 im November zu spät ist, um angemessen über den Nachtragshaushalt, der im Oktober verabschiedet werden sollt, zu diskutieren. Er erklärte, dass der Jahresabschluss 2023 wichtige Einblicke in Positionen wie Sponsoring und die Unterstützung Dritter gegeben hat und eine Kontinuität der Zahlen für 2024 wichtig wäre, um eine fundierte Debatte zu ermöglichen. Abschließend fragte er, ob es möglich ist, den Jahresabschluss 2024 einen Monat früher, also bereits im Oktober, zu veröffentlichen.

Herr Simeonow erklärte, dass die Prüfung des Jahresabschlusses aufgrund eines festgelegten Zeitplans nicht schneller abgeschlossen werden kann. Nach dem Abschlussgespräch mit dem Geschäftsbereich I, muss dieser eine Stellungnahme für die gesamte Verwaltung erstellen, wofür er Zuarbeiten aus anderen Bereichen benötigt. Dies nimmt einige Zeit in Anspruch. Er betonte, dass die Stadt Halle (Saale) die einzige in Sachsen-Anhalt ist, die den Prozess gesetzeskonform und bereits sehr ambitioniert im November abschließt, während andere Städte noch mit älteren Jahresabschlüssen beschäftigt sind. Er bat daher um Verständnis für die Dauer des Verfahrens.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.06.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 04.06.2025.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen oder Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Bericht über die unterjährig Prüfungen 2024 in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01520**

Herr Simeonow stellte den Bericht über die unterjährig Prüfungen 2024 vor.

Er erklärte, dass der Fachbereich Rechnungsprüfung seine gesetzlichen Prüfaufgaben, wie die der Jahresabschlüsse, der Vergaben und der Stadtkasse, unabhängig und vollumfänglich erfüllt hat, obwohl das Jahr von Krisen geprägt war. Zusätzlich zu diesen Pflichten ist das Rechnungsprüfungsamt auch Aufträgen des Stadtrates nachgekommen, wie der Erstellung von Berichten über Gutachten und Fraktionsmittel.

Herr Simeonow erwähnte, dass der Fachbereich auch eine beratende Funktion eingenommen und seit dem 01. Juli 2024 wieder die Aufgabe der Korruptionsprävention übernommen hat. Das Prüfungsergebnis für 2024 hat gezeigt, dass die Stadt im Wesentlichen vorschriftsgemäß mit den Haushaltsmitteln umgegangen ist. Abschließend wies er auf die großen finanziellen Herausforderungen hin, die auf die Stadt Halle zukommen.

Herr Schachtschneider stellte eine Frage zur Randziffer 408, die den Vertrag mit der ITC betraf. Er zitierte aus dem Bericht, dass im Rahmen von Visakontrollen festgestellt worden ist, dass Leistungen nicht oder nur teilweise erbracht worden sind. Außerdem wurde im Ergebnis festgehalten, dass der gültige Vertrag für die wirtschaftliche und digitale Entwicklung der Stadtverwaltung nicht von Vorteil ist.

Er fragte, was man sich darunter konkret vorstellen kann und welche Maßnahmen nun getroffen werden.

Herr Bürgermeister Geier antwortete, dass es einen Rahmenvertrag mit der ITC gab, der in der Abrechnung die Leistungen nicht so abgebildet hat, wie sie in Rechnung gestellt worden sind. Dies ist auch dem Rechnungsprüfungsamt bekannt gewesen. Man hat sich daraufhin mit der damaligen Interimsgeschäftsführung der ITC darauf verständigt, dass die ITC dies nacharbeiten soll, damit die Stadt bei einer Beauftragung genau weiß, was in Rechnung gestellt wird. Da der nach langer Zeit von der ITC vorgelegte Vorschlag die Hinweise der Stadt nicht berücksichtigt hat, wurde die Abteilung IT und Digitale Verwaltung beauftragt,

einen eigenen Vertragsentwurf aus Sicht der Stadt zu erstellen. Dieser ist nun fertig und wird an die ITC zur Gegenzeichnung übersandt.

Herr Schachtschneider bezeichnete einen neuen Vertrag als konsequente Maßnahme, fragte aber, wie mit dem alten Vertrag umgegangen wird. Konkret wollte er wissen, was mit den in Rechnung gestellten, aber nicht gelieferten Leistungen geschieht.

Herr Bürgermeister Geier verwies auf eine Sitzung des Finanzausschusses im Jahr 2023, in der diese Thematik seinerseits bereits erörtert wurde. Es werden seitens der Stadtverwaltung Einbehalte vorgenommen, was nicht gelieferte Leistungen betrifft.

Herr Schiedung fragte, ob eine Nachprüfung des Rechnungsprüfungsamtes erfolgt, wenn diese Thematik geklärt ist.

Herr Simeonow sagte, dass der Fachbereich Rechnungsprüfung durch die Visakontrolle auf dieses Thema aufmerksam geworden ist. Nach einem Gespräch zwischen dem Rechnungsprüfungsamt und der Abteilung IT und Digitale Verwaltung hat man sich darauf verständigt, eine Beratertätigkeit zu übernehmen und Hinweise und Empfehlungen zu geben. Die Ausführung muss aber die Verwaltung übernehmen. Darüber hinaus wird es einen Abschlussbericht dazu geben, der auch den Stadträten zur Verfügung gestellt wird.

Herr Schiedung bezog sich auf die Randziffern 82 bis 85 und fragte, ob die dort erwähnten Unregelmäßigkeiten bei den Kassenautomaten immer noch bestehen.

Frau Brünler-Süßner wies darauf hin, dass im April diesen Jahres per E-Mail die neue Arbeitsordnung angefordert wurde. Daraufhin hat sie die Rückmeldung erhalten, dass dies aufgrund der hohen Arbeitsbelastung durch die Wahlen noch nicht umgesetzt werden konnte.

Als Zwischenlösung sind jedoch die Namen aller zuständigen Personen übermittelt worden, welche auch ständig aktualisiert werden. Sie schloss damit, dass die Arbeitsordnung mit dem als richtig erachteten Wortlaut in der nächsten Zeit noch vorgelegt werden muss, aber zumindest die Zuständigkeiten personell geklärt sind.

Herr Dr. Lochmann bezog sich auf die Randziffern 287 bis 300, in denen es um die Sanierung von zwei Grundschulen mit erheblichen Nachträgen ging. Er fragte, warum bei der Sanierung der Grundschule „Hans Christian Andersen“ bei einer Kostensteigerung von 58 Prozent kein geänderter Baubeschluss eingeholt wurde. Zusätzlich fragte er, was getan wird, um die Prozesse bei der Bearbeitung von Nachträgen und dem Einholen von Baubeschlüssen zukünftig zu verbessern und zu beschleunigen.

Herr Heinz erklärte, dass die Probleme bei den alten Baumaßnahmen durch eine vom Land verursachte, extrem kurze Planungszeit und die unbekannte Bausubstanz der Gebäude entstanden sind. Dies hat zu unvorhergesehenen Störungen geführt.

Zusätzlich haben die Corona-Pandemie und eine ungünstige Baukonjunktur mit fehlenden Bietern einen negativen Einfluss gehabt. Er betonte, dass inzwischen die Prozesse eingespielt sind und das Bauen im Schulbereich wieder ungestört verläuft.

Herr Dr. Lochmann fragte nochmal nach dem Prozess bei Kostensteigerungen von über zehn Prozent.

Herr Heinz erklärte, dass man über erhöhte Baukosten regelmäßig in den Monatsberichten informiert. Bei wesentlich höheren Kosten muss die Verwaltung über eine Genehmigung von überplanmäßigen Auszahlungen reagieren. Er ergänzte, dass, solange man im Rahmen der eigentlichen Bauleistungen bleibt, die Verwaltung auf einen zeitaufwendigen, modifizierten Baubeschluss verzichtet, weil die Zeit dafür fehlt.

Herr Dr. Lochmann fragte, warum der Fachbereich Rechnungsprüfung in dem unterjährigen Bericht auf den fehlenden Baubeschluss hinweist, wenn gemäß dem Fachbereich Immobilien die Zeit dafür fehlt.

Herr Simeonow bekräftigte, dass er bei seiner Aussage bleibt, und merkte an, dass es oft vorkommt, dass die Prüfungsanstalt und der Geprüfte unterschiedlicher Meinung sind.

Herr Heinz ergänzte, dass die Vorgehensweise des Fachbereichs Immobilien sowohl mit externen Juristen als auch mit dem Fachbereich Recht abgestimmt wurde.

Herr Heym bat darum, dem Ausschuss die juristische Expertise zur Verfügung zu stellen.

Herr Bürgermeister Geier äußerte sein Verständnis für die Position des Rechnungsprüfungsamtes, bat aber darum, die Corona-Phase als Sondersituation zu betrachten. Die Lehre daraus ist, dass der Fachbereich Immobilien nun bei unvorhergesehenen Ereignissen im engen Austausch mit dem Fachbereich Finanzen steht. Abschließend stellte er die aus dieser Situation entstandene Verfahrensweise klar: Bei Kostenabweichungen von mehr als zehn Prozent muss man mit einer entsprechenden Vorlage in den Finanzausschuss gehen.

Herr Heinz sicherte dem Ausschuss die Dokumente zu.

Herr Dr. Lochmann bezog sich auf die Randziffer 321, bei der es um Planungsfehler in der Genehmigungsplanung für eine Steinschüttung an der Saale geht.

Er führte aus, dass die Rechnungsprüfung aufgrund der dadurch entstandenen Kosten vorgeschlagen habe, eine Minderung des Honorars zu prüfen. Abschließend stellte er die Frage, ob diese Prüfung erfolgt ist und ob es bereits ein Ergebnis gibt.

Herr Simeonow antwortete, dass dieser Fall zur Prüfung an eine Kanzlei übergeben wurde und dementsprechend das Ergebnis noch aussteht.

Herr Heym erinnerte an eine Videokonferenz zu der Thematik mit den Steinschüttungen an der Saale vom Geschäftsbereich II.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine Anfragen von Fraktionen oder Stadträten.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Heym** die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Carsten Heym
Ausschussvorsitzender

Lisa Leluk
Protokollführerin